

**Motion betreffend Erweiterung des Verwendungszwecks von  
Mehrwertabgaben  
(§ 120 Abs. 2 BPG)**

05.8369.01

Grundeigentümer haben eine Mehrwertabgabe zu entrichten, wenn die maximal zulässige bauliche Nutzung ihres Grundstücks - beispielsweise aufgrund einer neuen Zoneneinteilung - erhöht wird. Diese Abgabe beträgt 50% des Bodenmehrerts und fliesst vollumfänglich dem Fonds „Mehrwertabgaben“ zu. Der Kanton darf die Fondsmittel nur strikt zweckgebunden ausgeben: „Die auf Grundstücke in der Stadt Basel entfallenden Abgaben sind zur Einrichtung und Verbesserung öffentlicher Grünanlagen zu verwenden“ (§ 120 Abs. 2 Bau- und Planungsgesetz).

Zurzeit befinden sich rund 23 Millionen Franken an frei verfügbaren Mitteln im Fonds Mehrwertabgaben. In den nächsten Jahren sind aus den Stadtentwicklungsgebieten um den Bahnhof und im St. Johann beträchtliche Einnahmen zu erwarten, die das jetzige Fondsvermögen um ein Mehrfaches übertreffen dürften.

Die Motion möchte den Zweckartikel für die Verwendung der Fondsmittel ergänzen, so dass diese auch für den Unterhalt von bestehenden und neu zu erstellenden Grünanlagen verwendet werden dürfen.

Nach Auffassung der Unterzeichneten entspricht es Sinn und Geist des Mehrwertfonds, wenn die bestehenden öffentlichen Grünanlagen besser gepflegt werden können. Die geltende enge Zweckbindung ist insofern widersprüchlich, als zwar Fondsmittel für die Neuerstellung von Grünanlagen zur Verfügung stehen, für den Unterhalt aber zwingend auf ordentliche Mittel zurückgegriffen werden muss, die angesichts der Schuldenlast des Kantons streng genommen gar nicht vorhanden sind. Mit der Zweckerweiterung wäre es möglich, die Mehrkosten für den Unterhalt neuer oder erneuerter Anlagen aus dem Fonds zu bestreiten, ohne dass die „grüne Idee“ des Fonds verwässert wird. Abstrakt formuliert: Mit der Zweckänderung soll das Kriterium der nachhaltigen Qualität öffentlicher Grünanlagen gegenüber dem Kriterium der Erhöhung der Quantität gestärkt werden.

Die Unterzeichneten beantragen, § 120 Abs. 2 BPG mit dem Zusatz „sowie für deren Unterhalt“ zu ergänzen, so dass er neu lautet: „Die auf Grundstücke in der Stadt Basel entfallenden Abgaben sind zur Einrichtung und Verbesserung öffentlicher Grünanlagen sowie für deren Unterhalt zu verwenden“.

Conradin Cramer, Christine Wirz-von Planta, Donald Stückelberger,  
Baschi Dürr, Christian Egeler, Andreas Ungricht, Andreas Albrecht,  
Lukas Engelberger, Hanspeter Gass, Hansjörg Wirz, Eduard Rutschmann,  
Daniel Stolz, Claude François Beranek, Tobit Schäfer, Urs Müller,  
Theo Seckinger, Edith Buxtorf-Hosch, Peter Zinkernagel, Martin Hug,  
Thomas Mall, Andreas Burckhardt